



Fake oder Fakt?

UN Photo/Ariana Lindquist

Die Gefahr von Desinformation Manipulation verhindern, Meinungsfreiheit schützen

Bewusst verbreitete Falschmeldungen bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ihre Bekämpfung darf jedoch nicht auf Kosten der Meinungsfreiheit gehen. **VON SOPHIE HUMER-HAGER, SARA MEYER, OLIVER HASENKAMP**

Deutschland 2025. Menschen scrollen durch ihre Nachrichtenfeeds, klicken auf Artikel, schauen informative Sendungen. Hinter jeder Schlagzeile lauert eine unsichtbare Bedrohung: Falschinformationen, gezielt verbreitet, um Meinungen, Vertrauen und Wahlentscheidungen zu beeinflussen. Laut der Bertelsmann Stiftung betrachten 81 Prozent der Deutschen Desinformation als eine Gefahr für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt. 84 Prozent halten vorsätzlich verbreitete Falschmeldungen im Internet für ein großes oder sehr großes Problem. Besonders junge Menschen stoßen auf Fake News und Deepfakes – mit Künstlicher Intelligenz (KI) erzeugte oder verfälschte Inhalte. Oft erkennen sie erst später, dass sie manipuliert wurden.

Die Vereinten Nationen (UN) mahnen: Diese Entwicklung gefährdet Menschenrechte und Grundfreiheiten. UN-Generalsekretär António Guterres betont, dass digitale Technologien zweischneidige Kraft besitzen. Sie retten Leben, verbinden Menschen und ermöglichen Bildung. Gleichzeitig verbreiten sie Falschinformationen blitzschnell, manipulieren Emotionen und schwächen das Vertrauen in staatliche Institutionen. Die UN-Generalversammlung und der UN-Menschenrechtsrat rufen Staaten auf, Desinformation zu bekämpfen – ohne das Recht auf freie Meinungsäußerung zu verletzen.

Nicht alles, was falsch ist, ist auch gleich Desinformation. Grundsätzlich unterscheidet man zwischen Desinformation und Misinformation (auch: Falsch- oder Fehlinformation). Unter Desinformation (auch: Fake News) versteht man die absichtliche Verbreitung falscher, ungenauer oder irreführender Information mit dem bewussten Ziel, Meinungen zu beeinflussen.

Für Desinformation muss eine »Information« also zwei Kriterien erfüllen: Sie muss manipuliert sein und die Personen oder Institutionen, die sie verbreiten, müssen sie bewusst mit der Absicht teilen, damit Schaden zu verursachen. Beim Verbreiten von Fehlinformation gehen diejenigen, die sie verbreiten, hingegen selbst davon aus, dass die Information stimmt. Ihr Verhalten kann trotzdem fahrlässig und schädlich sein, etwa wenn sie die Information vor der Verbreitung nicht auf ihre Richtigkeit geprüft haben.

Warum ist Desinformation gefährlich? Sie kann Gesellschaften spalten und Demokratie schwächen. Das gilt gerade in zwischenstaatlichen oder gesellschaftlichen Konflikten: Nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine tauchten zum Beispiel Propagandavideos auf, die gegen ukrainische Geflüchtete und gegen die Unterstützung Deutschlands für die Ukraine Stimmung machen wollten. Damit versuchen russische Akteure, die öffentliche

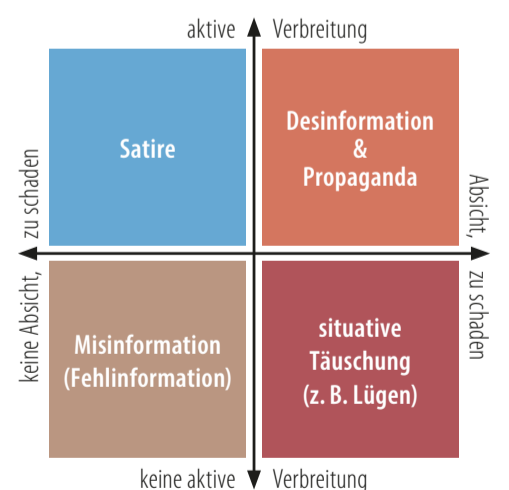
Meinung in Deutschland zu beeinflussen und den Zusammenhalt zu schwächen.

Desinformation wird natürlich nicht nur zu Konflikten verbreitet. Auch bei Wahlen oder in Bezug auf gesellschaftliche – und oft kontrovers diskutierte – Themen wie Klimaschutz, Gleichberechtigung, Flucht und Migration tritt bewusste Desinformation besonders häufig auf. Durch den rasanten Aufstieg von KI wird die Frage danach, was wahr ist und was nicht, weiter verkompliziert. Nicht alles, was KI für Wahrheit hält, muss tatsächlich auch wahr sein. KI-Tools werden missbraucht, um bewusste Desinformation noch glaubwürdiger aussehen zu lassen, etwa indem sie gefälschte, aber täuschend echt wirkende KI-Fotos verwenden.

Desinformationen leben davon, emotional und reißerisch zu sein, weshalb sie besonders oft geteilt werden. Davon profitieren viele Social-Media-Plattformen. Der Anreiz für sie, die Verbreitung von Desinformation zu regulieren, ist deshalb nicht sehr groß. Es braucht also Regulierung durch Staaten und internationales Recht.

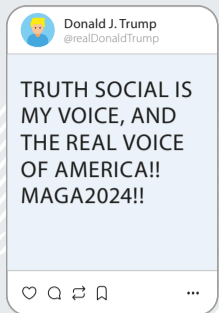
Die Europäische Union geht beispielsweise gegen russische Desinformation vor, indem sie die Verbreitung von Inhalten staatlich gestueter russischer Medien, die sich selbst als »Informationswaffe« bezeichnen, verboten hat.

- Digital inszeniert, politisch wirksam** Seite 2
- Desinformation und soziale Medien** Seite 3
- Klimawandel und Gleichberechtigung** Seite 4
- Frieden und Flucht** Seite 5
- Die Agenda 2030** Seite 6
- Gesundheit** Seite 7
- Künstliche Intelligenz** Seite 8



Auch die UN entwickeln Strategien, um auf Desinformation zu reagieren, die sich gegen die Weltorganisation und die internationale Zusammenarbeit richtet – etwa gegen UN-Friedensmissionen oder den Pandemievertrag. Bei aller Gefahr, die von Desinformation ausgeht, unterstreichen die UN allerdings auch, dass eine Bekämpfung nicht zum Nachteil von Menschenrechten wie Presse- und Meinungsfreiheit gehen darf.

Die Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, die Beispiele beziehen sich auf den Text und stellen keine geografisch repräsentative Auswahl dar.



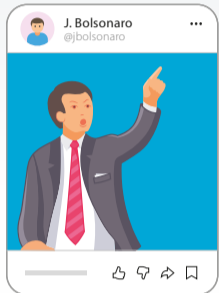
USA
Truth Social als abgeschottetes Kommunikationsökosystem rund um Donald Trump.

Irrführende Inhalte werden bewusst in geschlossene oder kaum moderierte digitale Räume verlegt, wo öffentliche Gegenstimmen fehlen.



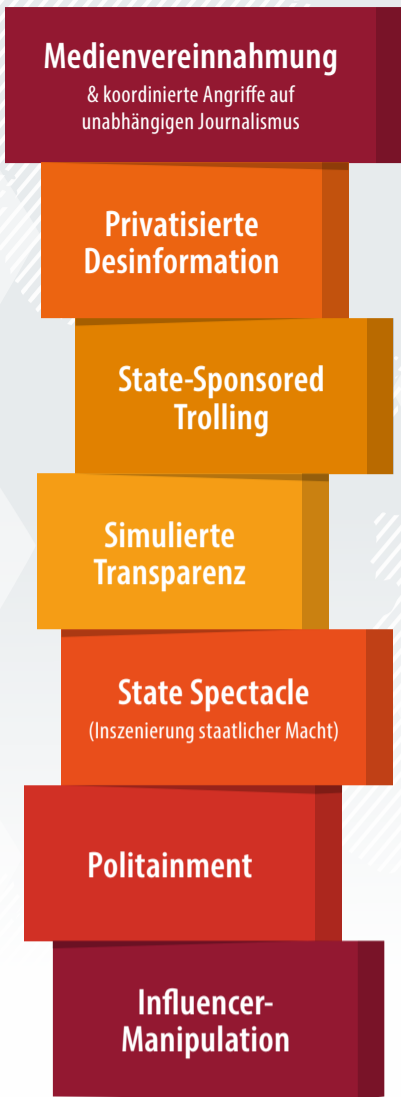
ECUADOR
Präsident Daniel Noboa nutzt TikTok- und Instagram-Liveformate, um direkte Volksnähe zu inszenieren und kritische journalistische Einordnung zu umgehen.

Politische Führungsfiguren erzeugen bewusst den Eindruck von Offenheit, etwa durch regelmäßige Live-Streams, lassen aber keine kritischen Rückfragen zu und lenken mit anderen Inhalten ab.



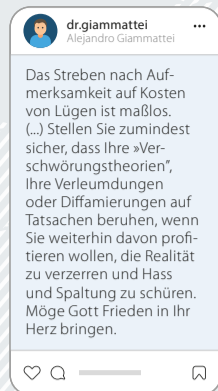
BRASILIEN
Bolsonaros wöchentliche YouTube-Sendungen als Mischung aus Unterhaltung, Politik und Propaganda.

Politik wird in dramatisierten Unterhaltungsformaten (Humor, Showelemente, informelle Sprache) dargestellt, um kritische Kontrolle zu umgehen.



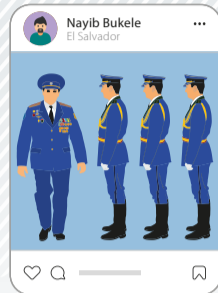
Regierungsnahen Kräften beeinflussen oder unterdrücken unabhängige Medien, kritische Journalistinnen und Journalisten werden attackiert.

GUATEMALA
Koordinierte digitale Angriffe auf Journalistinnen und Kritikerinnen im Umfeld der Regierung Giammattei



Staatliche oder regierungsnahen Akteure organisieren und finanzieren Trollfarmen, Botnetze oder Fake-Accounts, um öffentliche Debatten zu manipulieren oder Gegner einzuschüchtern.

RUSSLAND
Koordinierte Trollfarmen wie die Internet Research Agency (IRA)



Staatliche Stellen nutzen medienwirksam inszenierte Bilder von Polizei-, Militär- oder Gefängniseinsätzen, um Stärke und Handlungsfähigkeit zu demonstrieren und kritische Debatten über Machtmissbrauch zu verdrängen.

EL SALVADOR
Präsident Nayib Bukele inszeniert groß angelegte Polizei- und Militäreinsätze als öffentliches Spektakel.



Politische Gruppen arbeiten mit Influencerinnen und Influencern zusammen, oft gestützt durch präzise Zielgruppenansprache (Micro-Targeting).

DEUTSCHLAND
Politische Parteien nutzen Influencerinnen und Influencer, Streaming-Formate und TikTok-Strategien, um junge Zielgruppen zu mobilisieren.

Digital inszeniert, politisch wirksam Wie Desinformation Demokratien verändert

Ob Elon Musk, Bolsonaro oder Bukele – wenn Plattformbesitz, politische Interessen und digitale Inszenierung verschmelzen, entsteht ein gefährliches Machtinstrument: Desinformation als Strategie zur Kontrolle von Meinung und Macht. Das bedroht auch die Demokratie und den Rechtsstaat. **VON SARA MEYER**

In westlichen Demokratien begann die aktuelle Debatte über Desinformation zunächst mit außenpolitischen Einflüssen, etwa die russische Einflussnahme auf den Wahlkampf in den USA 2016 zu Gunsten Donald Trumps. Es folgte der Cambridge Analytica-Skandal, der 2016 die Daten von über 87 Millionen Facebook-Nutzerinnen und -nutzern verwendete, um Wahlentscheidungen in den USA und beim Brexit zu beeinflussen. Heute sind es zunehmend politische Akteure selbst, die Desinformation gezielt einsetzen. Die erneute Wahl Donald Trumps zeigte deutlich auf, dass Politikerinnen und Politiker soziale Medien gezielt einsetzen, um Meinungen zu manipulieren.

Plattformen wie X (ehemals Twitter) und die politische Betätigung ihrer Eigentümer wie Elon Musk verschärfen die Problematik: Wer Plattformen besitzt und zugleich den Diskurs beeinflusst, schafft ein Instrument, das Faktenchecks unterlaufen kann und öffentliche Debatten verzerrt. Bei Elon Musk etwa verschwimmen die Grenzen zwischen Unternehmer, Politiker und Kontrollinstanz für die Informationen, die über seine Plattform weitergegeben werden. So hat er unter US-Präsident Trump politische Aufgaben übernommen, vernetzt sich etwa mit Rechtspopulistinnen und -populisten in ganz Europa und griff in den Bundestagswahlkampf 2025 ein, indem er AfD-Videos auf X teilte und einen Gastbeitrag in der »Welt am Sonntag« veröffentlichte, in dem er die Partei als »letzten Funken Hoffnung« für Deutschland bezeichnete. Zwar handelt es sich hierbei grundsätzlich um persönliche Meinungsäußerungen, doch als Plattforminhaber verbreiten sich diese Meinungen besonders stark. Die Wirkungen sind somit weitreichend. Narrative

lassen sich verbreiten, Vertrauen in demokratische Prozesse untergraben, die Unabhängigkeit der Medien herausfordern.

Auch innerhalb Deutschlands zeigt sich die Dynamik: Vor der Bundestagswahl 2021 streute die AfD gezielt Zweifel an der Legitimität von Briefwahlen. Das Ziel war klar: das Vertrauen in staatliche Institutionen zu schwächen. Desinformation erreicht hier ein zentrales Ziel, indem sie die Akzeptanz in demokratische Prozesse erschüttert.

In Lateinamerika ist die Wirkung noch greifbarer. Brasilien 2018: Während des Wahlkampfes zwischen Jair Bolsonaro und Fernando Haddad überschwemmten Falschmeldungen den Messenger-Dienst WhatsApp. Manipulierte Fotos, Gerüchte und Verschwörungstheorien verbreiteten sich über Gruppen. Bolsonaro soll mit Hilfe von mehr als 150 Unternehmen so auf Stimmenfang gegangen sein. Zwei Drittel der brasilianischen Wählerinnen und Wähler nutzten WhatsApp als Nachrichtenquelle – ein idealer Nährboden für Desinformation, die aufgrund von Ende-zu-Ende-Verschlüsselung kaum kontrollierbar war.

Honduras 2021: Mehr als 300 gefälschte Twitter-Accounts verbreiteten gleichzeitig identische Botschaften, um die Oppositionskandidatin Xiomara Castro zu diskreditieren. Fremde Profilbilder und angebliche Verbindungen zu verurteilten Politikern sollten die Wählerinnen und Wähler verunsichern. Mexiko liefert ein weiteres Bild: Zwischen 2018 und 2024 nutzte der größte Medienkonzern Lateinamerikas Desinformation – wie die »Televisa Leaks« im Frühsommer 2025 zeigten –, um

Gegner und Gegnerinnen zu schwächen und Verbündete zu stärken. Inszenierte Skandale, gefälschte Aussagen von Zeuginnen und Zeugen und manipulierte Nachrichten waren Teil einer Strategie, das Vertrauen in demokratische Institutionen auszuhöhlen. Die Plattformen reagieren oft erst spät. Autoritäre Kräfte nutzen diese Lücken, um digitale Räume zu instrumentalisieren. Honduras, Mexiko, Ecuador, Peru – überall zeigt sich dasselbe Muster: Desinformation kann demokratische Strukturen nachhaltig untergraben.

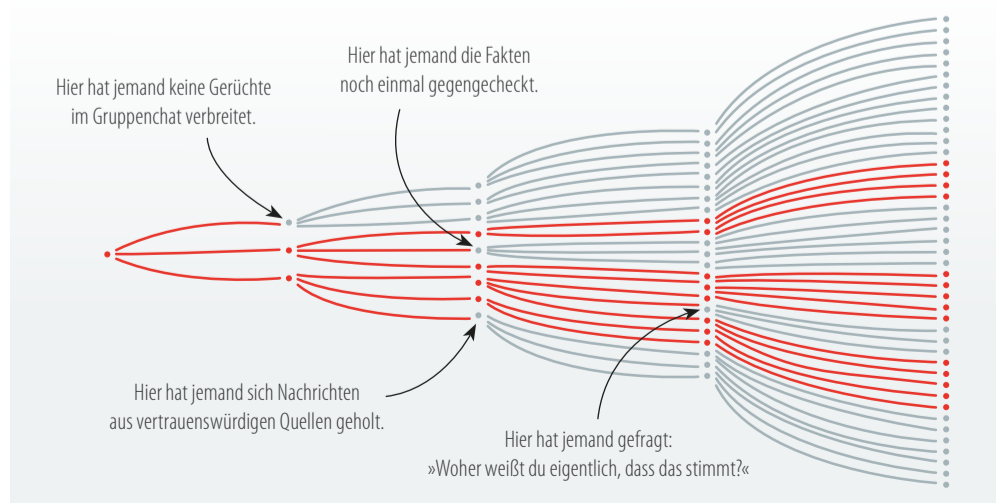
Präsidenten als Influencer

In El Salvador und Ecuador präsentiert sich ein neuer Typus von Regierenden: die »sozialen Medienkönige«. Der salvadorianische Präsident Nayib Bukele inszeniert sich auf X, kontrolliert digitale Trends und bringt gezielt Hashtags wie #RégimenDeExcepción (Deutsch: #Ausnahmezustand) in die Top-Trends. Präsident Daniel Noboa in Ecuador nutzt TikTok und Instagram, um sich und seine Macht zu inszenieren. Akademische Analysen ecuadorianischer Forscher zeigen, dass Noboa vor allem Themen der Sicherheit auf seinen Kanälen hervorhebt. Damit rechtfertigt er Ausnahmezustände und eine starke Militarisierung, kommt

potenziell Widerstand zuvor und etabliert eine schleichende »Weichenstellung zur Autorität«. Die mediale Inszenierung funktioniert so gut, dass weite Teile der Bevölkerung bereitwillig folgen und im Sinne Noboas und Bukeles wählen. Wenn Inszenierung allein nicht ausreicht, greifen Regierungen zur klassischen Kontrolle: In Guatemala wurden unter Präsident Alejandro Giammattei kritische Medien wie elPeriódico geschlossen, Investigativjournalistinnen und -journalisten strafrechtlich verfolgt oder inhaftiert.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass Desinformation in staatlich gelenkter, digital orchesterter Form die Demokratie aushöhlt. Vertrauen in Institutionen, in Medien und in die Integrität von Wahlen wird erodiert.

Die UN betonen, dass effektive Bekämpfung nicht Zensur bedeuten darf, sondern Bildungsarbeit, Medienkompetenz, klare Regeln und Transparenz voraussetzt. In einer digitalen Welt, in der die Grenzen zwischen Politik, Medienbesitz und persönlicher Inszenierung verschwimmen, sind diese Schutzmechanismen entscheidend, um Menschenrechte und Grundfreiheiten zu sichern.



Desinformation und soziale Medien

Wirklich so düstere Aussichten?

Schon fast so lange, wie es soziale Medien gibt, wird über ihre Rolle bei der Verbreitung von Desinformation diskutiert. **VON FARAG TAMER**

Insbesondere seit der Brexit-Kampagne in Großbritannien und den Vorwürfen russischer Einmischung bei Wahlen in den USA und Europa ist die Gefahr von Desinformation in den sozialen Medien in den öffentlichen Fokus gerückt. Eine häufige Kritik ist, dass soziale Medien grundsätzlich durch ihre technische Struktur Desinformation begünstigen – und damit eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie darstellen. Demokratische Systeme werden dabei oft wie ein Kartenhaus dargestellt, das schon einer geringfügigen Verbreitung von Desinformation nicht standhalten kann. Doch stimmt das wirklich? Liegt das Problem wirklich in den sozialen Medien selbst und ihrer Technologie? Oder gibt es andere Ursachen für den digitalen Sumpf der Falschinformationen?

Spoiler: Die Antwort lautet ja, es gibt ein Desinformationsproblem in den sozialen Medien. Es ist aber weniger ein technisches als ein wirtschaftliches Problem – und bei weitem nicht so düster, wie es häufig dargestellt wird.

Das eigentliche Problem der sozialen Medien liegt weniger in ihrer Technologie als in dem Geschäftsmodell, was hinter ihnen steckt. Das basiert auf der massenhaften Sammlung und Auswertung persönlicher Daten. Mithilfe von Algorithmen können Plattformen präzise vorhersagen, welche Botschaften oder Erzählungen bei bestimmten Nutzergruppen auf Resonanz stoßen. Vereinfacht ausgedrückt: Die Daten geben Aufschluss darüber, für welche Verschwörungstheorien jemand anfällig sein könnte,

weil sie mit bereits bestehenden Überzeugungen verknüpft werden. Diese Informationen werden weiterverkauft und landen schließlich bei Akteuren, die gezielte und zielgruppenspezifische Propaganda verbreiten. Neu ist dabei nicht, dass Propagandisten Einzelpersonen erreichen können – das war schon über klassische Medien möglich. Neu ist, dass sie heute genau wissen, welche Erzählung bei jedem Menschen am ehesten verfängt.

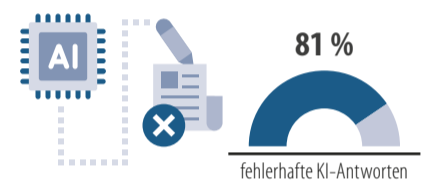
Dieses Wissen – und das Monopol darauf – macht die großen Social-Media-Konzerne mächtiger als manche Nationalstaaten. Besonders brisant ist dabei, dass diese Unternehmen weitgehend undemokratisch agieren und kaum Rechenschaft schuldig sind. Für Regierungen ist es mittlerweile äußerst schwierig, mit solch mächtigen Unternehmen überhaupt noch zu verhandeln. Die Europäische Union liefert ein anschauliches Beispiel: Selbst sie tut sich schwer, ihre eigenen Gesetze wie den Digital Services Act (2022) gegenüber den Digitalkonzernen konsequent durchzusetzen.

Hinzu kommt, dass autoritäre Regime und antidemokratische Bewegungen ihr Repertoire zur Nutzung von Social-Media-Plattformen zur Verbreitung ihrer Desinformation stetig verbessern. Mittlerweile investieren viele autoritäre Regierungen ebenso wie terroristische Bewegungen viel Aufmerksamkeit, um Algorithmen so zu manipulieren, dass ihre Propaganda sichtbar wird.

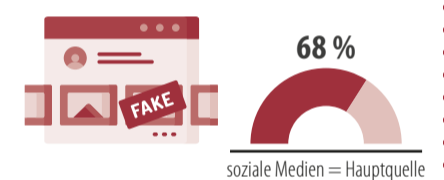


UN Photo/Amanda Voisard

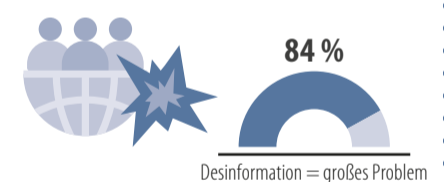
Laut einer BBC-Studie **enthalten 81 % der KI-generierten Antworten Fehler. Davon sind 45 % signifikant irreführend.**



68 % der Internetnutzenden sehen in sozialen Medien die Hauptquelle von Fake News. Messaging-Apps folgen mit 38 %.



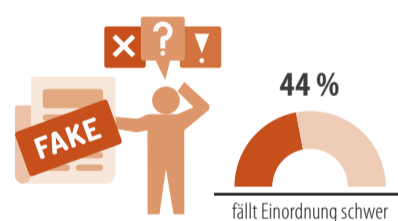
84 % der Menschen in Deutschland halten Desinformation für ein großes oder sehr großes Problem.



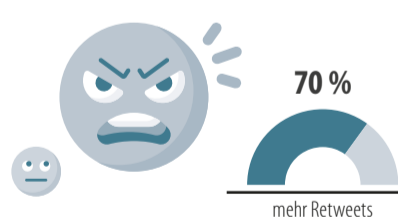
Über 80 Länder haben bereits staatlich organisierte Desinformationskampagnen über soziale Medien betrieben.



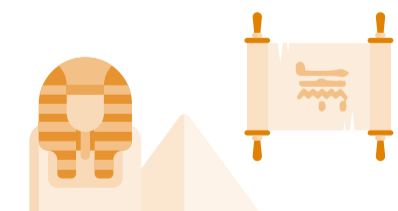
Junge Menschen sind besonders gefährdet: **Nur 44 % der unter 30-Jährigen glauben, Falschinformationen leicht erkennen zu können.**



Emotional aufgeladene Falschmeldungen verbreiten sich auf Twitter/X 6-mal schneller und erhalten 70 % mehr Retweets als sachliche Inhalte.



Desinformation ist über 3.000 Jahre alt. Die erste staatliche Propagandakampagne stammt von Pharao Ramses II. aus dem 13. Jahrhundert v. Chr.



Der EU Digital Services Act verpflichtet Plattformen wie Facebook, YouTube, TikTok und Instagram zur Bekämpfung von Desinformation.



Doch es kann mehr getan werden, um dem etwas entgegenzusetzen. Drei Ansätze sind besonders vielversprechend:

Erstens: Demokratische Regierungen und Nationalstaaten haben bei diesen Auseinandersetzungen immer noch die Oberhand. Trotz der Macht der Plattformen basiert unser internationales Rechtssystem im Wesentlichen auf Staaten, nicht auf Unternehmen. Staaten können ihre Gesetze, insbesondere im Bereich des Datenschutzes, weiterhin gegenüber Unternehmen durchsetzen. Klare rechtliche Rahmenbedingungen für Tech-Giganten sind daher der naheliegendste und effektivste Schritt, auch wenn ihre Umsetzung manchmal schwierig ist.

Zweitens: Demokratische Institutionen und Staaten sind sich des Problems heute mehr denn je bewusst und ergreifen entschlossene Maßnahmen – etwa strengere Regulierung, internationale Abkommen oder digitale

Ethikstandards. Eine besonders weitreichende Lösung könnte darin bestehen, dass einzelne Staaten oder Institutionen wie die UN und die EU eigene, gemeinwohlorientierte Social-Media-Plattformen schaffen und strenge Regeln gegen Desinformation anwenden. Der Gedanke, wirtschaftliche Monopole im Interesse der Allgemeinheit zu regulieren, ist schließlich kein neuer.

Drittens: Bildung ist der nachhaltigste Schutz. Deshalb braucht es mehr Ressourcen für die Medienkompetenz – die Fähigkeit, Informationen kritisch zu prüfen und Manipulation zu erkennen. Hier können die UN eine wichtige Rolle spielen. Sie haben den Vorteil, dass sie die meisten Gesellschaften auf der Erde erreichen können und über jahrzehntelange Erfahrung in der Bildungsarbeit, beispielsweise mit Alphabetisierungsprogrammen, verfügen. Ein globales Programm zur Förderung der Medienkompetenz wird von Tag zu Tag notwendiger.

Das Zeitalter der Klimaschutzverzögerer

Von der Leugnung zum »Nicht jetzt«

Klimadesinformation wirkt heute subtiler als früher. Sie greift nicht die Wissenschaft an, sondern das Vertrauen in die Lösungen. VON SANDRA KIRCHNER

Die Wissenschaft ist sich einig: Der Klimawandel ist menschengemacht und längst im Gang. Doch während sich die Forschung seit Jahren weitgehend geschlossen zeigt, kursieren in sozialen Netzwerken massenhaft Falschmeldungen, Halbwahrheiten und gezielte Kampagnen mit dem Ziel, Zweifel an Klimaschutzbemühungen zu säen.

Die Desinformation rund ums Klima hat sich verändert: Während es zunächst darum ging, die Existenz des Klimawandels zu bestreiten, richten sich heutige Strategien gegen die Lösungen im Kampf gegen die Klimakrise. Eine in diesem Jahr erschienene Studie der University of Cambridge hat über 200.000 Social-Media-Beiträge aus den Jahren 2021 bis 2023 ausgewertet. Das Ergebnis: Erneuerbare Energien werden dort als unzuverlässig, die

Energiewende als elitär oder unsozial dargestellt. Der Fokus liegt nicht mehr auf der Frage, ob die Erde sich erwärmt – sondern darauf, wie und ob die Menschen überhaupt handeln sollten.

Netzwerke versuchen online Zweifel am Klimaschutz zu säen

Es handelt sich also um eine andere Form der Verleugnung. Laut der Cambridge-Studie hat die klassische Klimaleugnung an Bedeutung verloren. Stattdessen gehe es nun darum, Vertrauen in politische Maßnahmen zu untergraben oder diese als überzogen darzustellen. Auch das ist wissenschaftlich belegt. Eine Untersuchung im Fachjournal *Frontiers* zeigt, dass europäische Thinktanks und Lobbygruppen gezielt Themen auf die Agenda bringen und

Botschaften verstärken, die Zweifel und Polarisierung fördern. Sie setzen stark auf politisch gefärbte Botschaften, thematisieren vor allem angebliche Kosten von Klimaschutzmaßnahmen und verweisen überwiegend auf eigene Inhalte. Diese Gruppen sind eng miteinander vernetzt und speisen ihre Botschaften gezielt in aktuelle Debatten ein, etwa rund um Energiepreise oder landwirtschaftliche Proteste. So entsteht ein digitales Netzwerk, das Zweifel an Klimaschutzmaßnahmen systematisch verstärkt und versucht politische Entscheidungen zu beeinflussen. Ziel ist es, politische Prozesse zu bremsen und die gesellschaftliche Zustimmung zum Klimaschutz zu schwächen. So entsteht der Eindruck, dass die Gesellschaft in der Frage ambivalent ist. Doch auch wenn die Zustimmung zuletzt sank, bleibt für die Mehrheit der Menschen in Deutschland der Schutz von Umwelt und Klima äußerst relevant. Laut Umweltbundesamt bewerteten im Jahr 2024 54 Prozent der Deutschen das Thema als sehr wichtig, weitere 33 Prozent als wichtig.

Gegenstrategien zur Desinformation

Die Wissenschaft hat längst erforscht, was gegen Desinformation helfen kann. Eine Meta-Analyse in der Fachzeitschrift *Nature Human Behaviour* zeigt: Richtigstellungen können wirken – vor allem, wenn sie verständlich, faktenbasiert und mehrfach kommuniziert

werden. Immer wichtiger wird zudem das sogenannte Prebunking: eine Art vorbeugende Aufklärung, die typische Manipulationstricks erklärt, bevor Falschinformationen verbreitet werden. Menschen sind weniger anfällig für Desinformation, wenn sie verstehen, wie Emotionen und Methoden zur Beeinflussung eingesetzt werden – zum Beispiel Scheinkonsens (»alle denken so«) oder falsche Gegensätze, bei denen Themen künstlich auf ein Entweder-oder reduziert werden, zum Beispiel »Klimaschutz oder bezahlbare Energie«.

UN-Initiative gegen Klimadesinformation

Auch die Vereinten Nationen haben auf die zunehmende Desinformation reagiert. Im November 2024 haben die Vereinten Nationen und die UNESCO gemeinsam mit Brasilien die Global Initiative for Information Integrity on Climate Change ins Leben gerufen. Ziel ist es, gegen Des- und Fehlinformationen zum Klimawandel vorzugehen und das Vertrauen in wissenschaftlich fundierte Informationen zu stärken. Dafür wurde ein globaler Fonds mit zehn bis 15 Millionen Euro ausgestattet. Die Initiative fördert Forschung, Medienkompetenz und unabhängigen Journalismus und will ein weltweites Netzwerk schaffen, das Staaten, Wissenschaft und Zivilgesellschaft im Kampf gegen Klimadesinformation verbindet.

»This is a man's (online) world«

Geschlechtsspezifische Desinformation als Gefahr für Individuen und Gesellschaft

Gezielte Desinformation trifft Frauen besonders hart: Sie schreckt sie von politischem Engagement ab, fördert Selbstzensur im Netz und verschärft das Risiko geschlechtsspezifischer Gewalt. VON SOPHIE HUMER-HAGER

Digitale Räume sind längst zu einem zentralen Ort für politische Auseinandersetzung geworden, oft mit unfairen Mitteln. Auch geschlechtsspezifische Desinformation wird dort genutzt, um Frauen und LSBTIQ+-Personen* abzuwerten, ihre politische Teilhabe zu verhindern und demokratische Prozesse zu schwächen.

Was bedeutet geschlechtsspezifische Desinformation?

Im Unterschied zu allgemeiner Desinformation stützt sich geschlechtsspezifische Desinformation nicht nur auf falsche Informationen, sondern auf gesellschaftliche Vorurteile. Sie richtet sich gegen Frauen, LSBTIQ+-Personen sowie feministische Bewegungen. Dabei nutzen Kampagnen beispielsweise Falschinformationen über Qualifikationen oder sexualisierte Bilder. Hinter solchen Kampagnen stehen oft nichtstaatliche Akteure mit extremistischen, religiösen oder politischen Motiven. Gleichzeitig verstärken Plattformen durch ihre Algorithmen die Reichweite von reißerischen Inhalten. Desinformationskampagnen halten Frauen aus Angst davon ab, sich zur Wahl aufstellen zu lassen, schränken die Meinungsfreiheit ein und drängen reproduktive Rechte zurück. Außerdem geht geschlechtsspezifische Desinformation oft mit (Online-)Gewalt einher.

Trotz wachsender Besorgnis auf staatlicher Ebene und auch bei den UN fehlt eine einheitliche Definition, was geschlechtsspezifische Desinformation genau bedeutet. Das erschwert wirksame Gegenmaßnahmen und birgt die Gefahr von staatlicher Überregulierung, die die Meinungsfreiheit einschränkt.

Ein weltweites Problem

In Pakistan sieht sich beispielsweise die Frauenrechtsbewegung Aurat March seit Jahren Desinformationskampagnen ausgesetzt, die sich unter anderem auf den Vorwurf der Gotteslästerung stützen. In vielen gesellschaftlich konservativen Ländern wird Frauenrechtsaktivistinnen vorgeworfen, dass sie den Wert der Familie angreifen würden. In Osteuropa werden LSBTIQ+-Aktivistinnen und Aktivisten als »Gefahr für Kinder« bezeichnet. Solche Kampagnen nutzen gesellschaftliche »Flashpoints« wie Wahlen oder Pandemien, um maximale Wirkung zu erzielen. Verstärkt wird das Problem auch durch KI-Technologien, die verfälschte Inhalte wie angebliche Nacktfotos noch glaubwürdiger produzieren.

Die Folgen sind schwerwiegend

Betroffene erleben psychische Belastung, soziale Isolation oder berufliche Nachteile. Wird Desinformation gezielt gegen Einzelpersonen verbreitet, kann es dazu kommen, dass sich Familienmitglieder oder Kolleginnen und Kollegen abwenden. Das schürt Angst, nicht nur bei Personen, die bereits von individuellen Angriffen betroffen waren: Eine Studie der UNESCO aus dem Jahr 2023 zeigt, dass sich 30 Prozent aller Journalistinnen in sozialen Medien selbst zensurieren.

UN Women, die Einheit der UN für Geschlechtergerechtigkeit, warnt seit Jahren vor gezielten Desinformationskampagnen, die Gleichberechtigung zurückdrängen. Deshalb fordert UN Women eine feministische Digitalpolitik,



UN Photo/Manuel Elias

die Menschenrechte schützt und Medienkompetenz stärkt. 2025 startete die Einheit gemeinsam mit der EU-Kommission eine Kampagne, die Gesetze gegen Online-Gewalt, digitale Bildung und Unterstützung für Betroffene in den Mittelpunkt stellt. Aus einem Bericht der UN-Sonderberichterstatterin für Meinungsfreiheit, Irene Khan, 2023 wird zudem ersichtlich, wie komplex die rechtliche Lage ist: Menschenrechte und internationale Rechtsnormen wie Artikel 19 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt) schützen die freie Meinungsäußerung. Gleichzeitig gilt aber auch das Verbot geschlechtsbasierter Gewalt. Im Bericht wird klargestellt, dass Gesetze gegen Fake News Risiken für Überregulierung bergen: sie schränken die Meinungsfreiheit ein, ohne das Problem wirklich zu lösen. Die Sonderberichterstatterin empfiehlt deshalb Ansätze, bei denen der Staat nicht in Inhalte eingreift. Stattdessen sollen Regierungen von den Unternehmen Sorgfaltspflichten, Folgenabschätzungen sowie Transparenz und damit systemische Regulierung verlangen.

Keine einheitlichen Strategien

Dabei müssen bei Gegenmaßnahmen alle Menschenrechte berücksichtigt werden: digitale Räume sollen sicher sein, ohne unverhältnismäßige Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Notwendig sind außerdem mehr Unterstützungsangebote für Betroffene. In ihrem Bericht fordert die Sonderberichterstatterin mehr Forschung, um die Zusammenhänge zwischen Desinformation, Hassrede und geschlechtsspezifischer Gewalt zu verstehen. Geschlechtsspezifische Desinformation ist mehr als ein technisches Problem; sie ist ein Angriff auf Demokratie und Menschenrechte. Wie in vielen Bereichen gilt hier: Die Balance zwischen Schutz und Freiheit bleibt eine zentrale Herausforderung.

* LSBTIQ+ = Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans* und inter* sowie andere queere Menschen



UN Photo/Harandane Dicko

Eine Gefahr für die Friedensmissionen der Vereinten Nationen

Desinformation aus Autokratien wie Russland oder China richten sich nicht nur gegen westliche Staaten: Auch UN-Friedensmissionen sollen geschwächt werden, wie Beispiele aus Afrika zeigen.

VON JANNIS HOLL

Sie ist eine gefährliche Waffe gegen freiheitliche Demokratien und die Wahrung der Menschenrechte: die gezielte Verbreitung von Desinformation. Mit ihren Desinformationskampagnen wollen insbesondere autoritäre Regime innere wie äußere Gegner schwächen, das eigene Handeln legitimieren und demokratische Gesellschaften spalten. Doch zunehmend geraten auch die Vereinten Nationen ins Visier autoritärer Staaten, die Informationsräume gezielt beeinflussen. Obwohl sie selbst Mitgliedstaaten der UN sind, sehen Russland, China sowie unter anderem auch Iran und Nordkorea die Organisation vor allem als Bühne, um ihre eigenen Erzählungen auf der globalen Ebene zu platzieren. Wofür die Vereinten Nationen eigentlich stehen – wie Menschenrechte, einschließlich Pressefreiheit – lehnen die Akteure ab. In Gremien wie dem UN-Menschenrechtsrat oder der UN-Generalversammlung wird die Verteidigung universeller Rechte als Eingriff in die eigene »Souveränität«, also ihre Selbstbestimmung, oder »Einmischung in

innere Angelegenheiten« verächtlich gemacht. Ziel all dessen ist es, die moralische und richtungsweisende Rolle der UN auszuhöhlen. Denn die Vereinten Nationen leben von ihrer Glaubwürdigkeit, sich über die Einzelinteressen der Staaten zu stellen. Genau dort setzen die Autokratien an, indem sie Zweifel an der Unabhängigkeit der Organisation säen und mit gezielten Desinformationskampagnen das Vertrauen in die Vereinten Nationen untergraben.

Wer nach einem konkreten Beispiel für russische Desinformation zur Arbeit der Vereinten Nationen sucht, muss den Blick nach Afrika richten. Aus dem Bericht »Disinformation against UN Peacekeeping Operations« des International Peace Institute aus dem Jahr 2022 geht hervor, dass von Moskau unterstützte Akteure versuchen, UN-Friedensmissionen mit Falschmeldungen zu stören. Zielscheibe waren vor allem die Friedensmissionen MINUSCA in der Zentralafrikanischen Republik und MINUSMA in Mali. Pro-russische

Userinnen und User verbreiteten in sozialen Netzwerken die Behauptung, UN-Friedenstruppen lieferten Waffen an Rebellen, plünderten Bodenschätze oder handelten als »neokoloniale« Akteure. Das Stanford Internet Observatory konnte nachweisen, dass diejenigen, die solche Narrative verbreiten, finanzielle Verbindungen nach Russland haben. In Mali und der Zentralafrikanischen Republik ging der Anstieg solcher Kampagnen mit dem Auftreten der russischen Wagner-Söldner einher, die seit einigen Jahren Moskaus Einfluss auf dem Kontinent ausdehnen. Ziel dieser Kampagnen ist es, die UN-Missionen zu schwächen und die eigene militärische Präsenz aufzuwerten. Laut dem International Peace Institute führten einige dieser Kampagnen sogar zu physischen Angriffen auf Blauhelme. Ein wachsendes öffentliches Misstrauen, das durch Desinformationskampagnen mit russischem Einfluss genährt wurde, dürfte eine bedeutende Rolle beim politischen Druck für den Abzug der Mission aus Mali 2023 gespielt haben.

»Die Bekämpfung von Desinformation erfordert dauerhafte Investitionen in den Aufbau gesellschaftlicher Resilienz sowie in Medien- und Informationskompetenz«, schrieb UN-Generalsekretär António Guterres im August 2022 in einem Bericht. Die Vereinten Nationen haben auch auf die Gefahren in den oben genannten afrikanischen Staaten reagiert.

Die Hauptabteilung Friedensmissionen (Department of Peace Operations) hat die Vorbeugung und Bekämpfung von Desinformation als einen Schwerpunkt ihrer Arbeit festgelegt, schult lokale Journalistinnen und Journalisten und kooperiert teilweise auch mit Plattformen wie Meta. Radiosender der UN wie Mikado FM in Mali betreiben eigene Faktencheck-Formate. Doch Maßnahmen wie diese sind nur ein Baustein im Kampf gegen die Verbreitung von Desinformation. Die Vereinten Nationen haben das Problem erkannt, ihre Gegenmaßnahmen befinden sich allerdings noch im Aufbau.

»Erklären, erklären, erklären« Drei Fragen zu Flucht und Desinformation an Katharina Thote, UNHCR Deutschland

Der Schutz von Menschen, die vor Gewalt, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen fliehen mussten, ist das zentrale Anliegen des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR). Dass sich Falschinformationen, Desinformation und Hassreden im Internet rasant verbreiten, setzt Flüchtlinge und Gesellschaften zunehmenden Risiken aus. Worin diese bestehen und wie UNHCR damit umgeht, fragten wir Katharina Thote, UNHCR-Vertreterin in Deutschland. **VON CHRISTINA KAMP**

Flucht und Migration sind politische Handlungsfelder, die für manipulativ gesteuerte Unwahrheiten besonders anfällig sind. Wie wirkt es sich auf unsere Gesellschaft aus, wenn Desinformation gezielt genutzt wird, um zu polarisieren und Flüchtlinge auszugrenzen?
Es genügt ein kurzer Ausflug ins Internet, gerade zu Social Media, um zu sehen, wie

schamlos da Propaganda gemacht wird. Ich lese immer wieder, dass Ukrainer in Deutschland schon ab 58 oder sogar 56 Rente bekommen. Das ist natürlich Unsinn. Oder dass Asylsuchende mehr Bürgergeld bekommen als Deutsche. Auch das ist Quatsch, sie bekommen gar kein Bürgergeld und das Geld nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist geringer

als die Grundsicherung für Deutsche, sogar per Gesetz. Die Folge solcher Desinformation ist Neid und Missgunst. Wenn die Gesellschaft von Desinformation vergiftet wird, wenn man nur noch auf das Trennende achtet, dann geht das für uns alle nach hinten los. Es gibt leider in vielen Ländern Beispiele, wo Desinformation die Solidarität untergräbt.

Welche Folgen hat das für Flüchtlinge und ihren Schutz?

Flüchtlinge sind Menschen, die Schutz brauchen, weil sie vor Gewalt und Verfolgung fliehen mussten. Sie sind die eigentlich Leidtragenden solcher Desinformation, die sogar nicht selten zu Gewalt führt, selbst in Europa. Flüchtlinge sind ohnehin oft eine kleine, marginalisierte Gruppe. Desinformation und Propaganda können dazu führen, dass sie bedroht und angegriffen werden. Flüchtlinge integrieren sich auch nur schwer in eine Gesellschaft, die sie angeblich ablehnt. Ich sage angeblich, weil es ja nicht stimmt: Denn die Propaganda kommt nur von einer sehr kleinen – aber leider lauten – Gruppe. Die meisten Menschen in Deutschland sind sehr hilfsbereit und Flüchtlinge erfahren das auch jeden Tag. Es verbindet uns so viel mehr als uns trennt.

Wie geht UNHCR mit den Risiken durch Falsch- und Desinformation um?

Wir wollen eine Welt, in der verfolgte Menschen Schutz finden und entweder sicher in ihre Heimat zurückkehren oder sich im neuen Land integrieren können, sich ein neues Leben aufbauen und der Gesellschaft, die ihnen Schutz gewährt hat, etwas zurückgeben können. Bei UNHCR arbeiten wir deshalb mit vielen Partnern – Medien, NGOs, Flüchtlingsorganisationen und anderen – zusammen, um der Desinformation zuverlässige Fakten entgegenzusetzen. Wir müssen erklären, erklären, erklären. Ob bei Social Media, in Interviews oder in Gesprächen mit Bürgern und Entscheidungsträgern: Wir müssen deutlich machen, was wahr ist und was Propaganda. Das ist nicht leicht, aber ich bin trotz allem optimistisch. Denn die große Mehrheit der Menschen ist sehr offen und solidarisch – und will auch nicht belogen werden.

Katharina Thote ist Vertreterin des UNHCR in Deutschland. Sie arbeitet seit mehr als 20 Jahren bei UNHCR und war unter anderem in Eritrea, Mauretanien, Guinea, Kolumbien und in der Zentrale in Genf eingesetzt.

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung



Im Jahr 2015 haben die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen die Agenda 2030 beschlossen. Kernelement dieser Vision für eine bessere Zukunft für die Menschen und den Planeten sind die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Ein Grundgedanke der Agenda ist, dass soziale und wirtschaftliche Entwicklung, Frieden und der Schutz der Umwelt miteinander verbunden sind und nur gemeinsam erreicht werden können.

Wirtschaftlich stärkere Staaten wie Deutschland sollen die Ziele in ihren eigenen Ländern erreichen und andere Länder unterstützen, insbesondere durch Entwicklungszusammenarbeit und eine Lebens- und Wirtschaftsweise, die auf Ausbeutung und Umweltzerstörung verzichtet. Eigentlich sollen die SDGs und ihre 169 Unterziele (»Zielvorgaben«) bis zum Jahr 2030 erreicht sein. Doch bisher sind alle Länder noch weit davon entfernt. Um das zu ändern, braucht es dringend mehr Mut für politische und gesellschaftliche Veränderungen und mehr finanzielle Mittel für nachhaltige Entwicklung.

Desinformation und Fehlinformationen tragen dazu bei, dass bei der Umsetzung der SDGs teilweise sogar Rückschritte gemacht werden. Hier einige Beispiele: →

ZIEL 1 Wirtschaftliche Not kann die Verbreitung polarisierender Fehlinformationen begünstigen. Zum Beispiel können Fehlinformationen über angeblichen »Missbrauch« von Sozialhilfe Kürzungen in staatlichen Hilfsprogrammen auslösen.

ZIEL 2 Desinformationen können den weltweiten Hunger verschärfen, indem sie Konflikte und gesellschaftliche Ungleichheit schüren oder Klimaschutz verhindern. Fehlinformationen über Nahrungsmittelqualität oder -knappheit können Panikkäufe oder Marktinstabilität auslösen.

ZIEL 4 Fehlinformationen, Desinformation und Hassrede können sich negativ auf den Zugang zu Bildung auswirken. Das gilt insbesondere für Mädchen, die aufgrund der Behauptung, sie seien während ihrer monatlichen Blutung »unrein«, vom Schulunterricht ausgeschlossen werden.

ZIEL 5 Geschlechtsspezifische Hassrede und Desinformation zielen darauf ab, Frauen systematisch zu unterdrücken. Sie können das Selbstbewusstsein von Frauen untergraben, zur Selbstzensur beitragen und zu Gewalt gegen Frauen anstiften.

ZIEL 6 Fehlinformationen über die Sicherheit von Trinkwasser und sanitären Einrichtungen können gefährliche gesundheitliche Folgen haben.

ZIEL 7 Desinformationen zum Klimawandel und den Kosten von Energie untergraben den Übergang zu erneuerbarer Energie. Viele dieser Kampagnen werden von der fossilen Industrie verbreitet.

ZIEL 8 Fehlinformationen zum Arbeitsschutz gefährden die Gesundheit von Millionen Menschen. Falsch- und Desinformationen verursachen zudem jährlich einen wirtschaftlichen Schaden von bis zu 75 Mrd. US-Dollar. Das umfasst u. a. durch Desinformation ausgelöste Kursrückgänge an den Börsen und fehlerhafte Kaufentscheidungen aufgrund falscher Produktversprechen.

ZIEL 9 Fehl- und Desinformationen betreffen häufig Innovationen und können sich sowohl negativ auf sinnvolle neue Lösungen auswirken als auch gefährliche Hypes um noch nicht ausreichend getestete Produkte auslösen.

ZIEL 10 Fehlinformationen, Desinformation und Hassrede polarisieren Gesellschaften und richten sich meist gegen bereits marginalisierte und schutzbedürftige Gemeinschaften, was zu deren weiterer Ausgrenzung führt.

ZIEL 11 Fehlinformationen über Umweltgefahren oder die Leugnung von Risiken (z. B. Überschwemmungen) führen zu falschen Prioritäten in der Stadtplanung und gefährden die Gesundheit. Falschmeldungen (z. B. zu angeblicher Korruption) können Bürgerbeteiligung und Akzeptanz reduzieren. Besonders oft wird mit falschen Behauptungen Stimmung gegen nachhaltigere Mobilität gemacht.

ZIEL 15 Umweltaktivistinnen und -aktivisten werden immer wieder Zielscheibe von Hasskampagnen im Internet, was auch zu Gewalttaten im realen Leben führt.

UNTERZIEL 4-6



UNIVERSELLE KENNNTNISSE BEIM LESEN, SCHREIBEN UND RECHNEN ERREICHEN

UNTERZIEL 5-B



SELBSTBESTIMMUNG VON FRAUEN DURCH KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIEN FÖRDERN

UNTERZIEL 9-C



UNIVERSELLER ZUGANG ZU INFORMATIONEN- UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIE

UNTERZIEL 16-10



ÖFFENTLICHEN ZUGANG ZU INFORMATIONEN GEWÄHRLEISTEN UND GRUNDFREIHEITEN SCHÜTZEN

Was tun die UN gegen die globale »Infodemie«?

Die Vereinten Nationen (UN) setzen sich seit jeher für Bildung und den Zugang zu Informationen ein. Seit einigen Jahren rückt aber auch die Bekämpfung von Fehlinformationen in ihren Blick. Während der COVID-19-Pandemie hat die Weltorganisation vor einer regelrechten »Infodemie« gewarnt. Seitdem haben die wichtigsten UN-Gremien, darunter die UN-Generalversammlung, der UN-Sicherheitsrat und der UN-Menschenrechtsrat, mehrere Beschlüsse gefasst, um die internationale Zusammenarbeit im Umgang mit Desinformationen zu stärken.

Im Zentrum der Bemühungen der UN zur Bekämpfung von Fehlinformationen steht der UN-Aktionsplan zur Informationsintegrität, den UN-Generalsekretär António Guterres im Jahr 2024 vorgelegt hat und der auf fünf globalen Prinzipien beruht. Sie sollen dazu beitragen, digitale Räume transparenter und sicherer zu machen. Unter anderem fordern

die UN Social-Media-Plattformen dazu auf, die Verbreitung von Inhalten nachvollziehbarer zu gestalten und ihre Algorithmen für unabhängige Prüfungen zu öffnen. Gleichzeitig betonen die Prinzipien, dass der Kampf gegen Desinformation nicht zu einer Einschränkung der freien Meinungsäußerung führen oder als Begründung für staatliche Zensur genutzt werden dürfe.

In vielen Ländern bieten die UN gemeinsam mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen Faktenchecks, Medientrainings und Informationskampagnen an, um wissenschaftlich fundierte Inhalte in möglichst vielen Sprachen verfügbar zu machen. Neben der Weltgesundheitsorganisation (S. 7) befasst sich vor allem die Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) mit der Gefahr durch Fehlinformationen. Sie hat beispielsweise ein Handbuch gegen »Fake News« für Journalistinnen und Journalisten entwickelt.

Die fünf globalen Prinzipien des UN-Aktionsplans zur Informationsintegrität

Freie und vielfältige Medien: Eine vielfältige, unabhängige Medienlandschaft und der Schutz von Journalistinnen und Journalisten vor Einschüchterung sind wesentlich für verlässliche Information, kritischen Journalismus und ausgewogene Perspektiven.

Öffentliche Befähigung: Alle Menschen sollen darin gestärkt werden, Informationen kritisch zu prüfen, kompetent mit Medien umzugehen und aktiv an Kommunikation teilzuhaben. Dies gilt besonders für benachteiligte Gruppen.

Gesunde Anreize: Korrekte, faktenbasierte Inhalte sollen in (sozialen) Medien gegenüber reißerischen Inhalten und polarisierenden Nachrichten bevorzugt werden und profitabler sein.

Gesellschaftliches Vertrauen und Resilienz: Alle Menschen müssen den Informationen, die sie erhalten, vertrauen können. Gesellschaften müssen sich gegen Manipulationen schützen können.

Transparenz und Forschung: Es braucht mehr Transparenz zu Quellen, Werbung, Algorithmen und Datenverwendung sowie mehr Forschung, um die Methoden von Desinformation besser zu verstehen.

UN unter Beschuss

Verschwörungserzählungen über die Vereinten Nationen sind kein neues Phänomen. Einige existieren bereits seit der Gründung der UN, andere haben im digitalen Zeitalter enorme Reichweite gewonnen.

1 »UN als Weltregierung / New World Order« (seit 1945, verstärkt ab den 1990er-Jahren): Diese Verschwörungstheorie behauptet, die Vereinten Nationen seien der Kern eines Plans zur Errichtung einer »Weltregierung«, die die nationale Souveränität abschaffen und globale Kontrolle ausüben wolle, obwohl die UN selbst keine Macht zur Gesetzgebung über souveräne Staaten besitzen. Erste Varianten tauchten bereits kurz nach 1945 auf, erlebten aber besonders nach Ende des Kalten Krieges in den 1990er-Jahren einen starken Aufschwung.

2 »Agenda 21 / Agenda 2030 und die SDGs als Kontrollinstrument« (ab 1992, verstärkt seit 2015): Anhängerinnen und Anhänger dieser Theorie sehen in der UN-Agenda 21 (1992) und später der Agenda 2030 mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) (2015) (s.oben) angebliche Schritte hin zu einer totalitären »Ökodiktatur«. Begriffe wie Umweltschutz, Gleichheit oder nachhaltige Entwicklung werden als Tarnung für Enteignung, Überwachung und globale Herrschaft interpretiert. Einige Verschwörungstheorien beschreiben die Agenda 2030 als einen von einer »geheimen Weltregierung« ausgearbeiteten Plan, um globale Kontrolle auszuüben. Die Realität könnte kaum weiter von dieser Behauptung entfernt sein: Denn die Agenda ist nicht geheim, sondern wurde in einem transparenten Prozess ausgehandelt und von allen Staaten beschlossen. Die SDGs beinhalten keine Ziele zu Überwachung oder staatlichen Eingriffen, sondern unterstreichen die Bedeutung des Zugangs zu Informationen und des Schutzes von Grundfreiheiten (z. B. in den Unterzielen 4.6, 5.B, 9.C, 16.10). Die Agenda 2030 ist nur eine Absichtserklärung – die Staaten haben keine Macht für die Umsetzung an die UN übertragen.

Viele dieser Verschwörungserzählungen zur Agenda 2030, die sich um eine angebliche geheime Weltregierung drehen, sind im Kern antisemitisch und zielen darauf ab, die Eigenständigkeit von Staaten und demokratische Entscheidungen anzuzweifeln.

»Jeder Mensch ist anfällig für Fehl- und Desinformation«

Die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO) führt weltweite Bemühungen zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit an. Diese Initiativen stehen zunehmend vor einer neuen Herausforderung: digitale und KI-gesteuerte Desinformation, insbesondere im Zusammenhang mit Impfungen. Wie geht die WHO mit dieser Bedrohung um? Wir sprachen mit Dr. Gaya Gamhewage, der vor Kurzem ernannten Kommunikationsdirektorin der WHO, die erläutert, wie ihr Team in den vergangenen Jahren die Kapazitäten aufgebaut hat, um Fehlinformationen und Desinformation zu begegnen.

Welche Rolle spielt die WHO bei der Bekämpfung von Desinformation?

Die WHO reagiert seit Jahrzehnten auf gesundheitsbezogene Fehlinformationen und Desinformation – sowohl in Krisensituationen als auch in Friedenszeiten. In unserer Welt nach der COVID-19-Pandemie verbreiten sich falsche und irreführende Gesundheitsinformationen schnell und weitreichend. Während der Pandemie entwickelte die WHO einen Rahmen für die Integrität von Gesundheitsinformationen, um klare und einheitliche Leitlinien für den Umgang mit gesundheitsbezogenen Fehlinformationen bereitzustellen. Er umfasst kurz- und langfristige Ansätze, um falsche Narrative zu erfassen, zu kennzeichnen, darauf zu reagieren, sie zu protokollieren und die Wirkung der Gegenmaßnahmen zu messen.

Die WHO stellt sicher, dass wissenschaftlich fundierte Informationen zur öffentlichen Gesundheit in einfacher Sprache über zugängliche Kanäle bereitstehen. Teil der langfristigen Maßnahmen der WHO ist die Koordinierung der Partner durch die sogenannte Health Information Integrity Alliance (HIIA) – ein Netzwerk aus WHO-Mitgliedstaaten, UN-Organisationen, internationalen Organisationen, Universitäten und Journalistennetzwerken. Sie treffen sich regelmäßig, um sich über die neuesten bewährten Verfahren auszutauschen und eine Art Firewall aus wissenschaftlich fundierten Informationen zu schaffen.

Die WHO reagiert auf verschiedene falsche Narrative, die sich auf die öffentliche Gesundheit auswirken. Dazu gehören irreführende Informationen über Impfungen, Tabakkonsum, reproduktive Gesundheit und Leitlinien zur Sexualität. Außerdem kursieren falsche Behauptungen über die Finanzierung der WHO und das Pandemieabkommen, die das Vertrauen in den Multilateralismus untergraben.

Wie arbeitet die WHO mit Regierungen und digitalen Plattformen zusammen, um Fehlinformationen über Impfungen, Krankheiten oder Präventionsmaßnahmen zu identifizieren und zu berichtigen?

Über die HIIA unterstützt die WHO Regierungen bei der Entwicklung nationaler Strategien zur Stärkung der Integrität von Gesund-

heitsinformationen. Die WHO kooperiert auch mit Technologieunternehmen wie Google, Wikimedia und Social-Media-Plattformen, um sicherzustellen, dass korrekte Informationen für die Öffentlichkeit leicht zugänglich sind. Gleichzeitig arbeitet die WHO daran, medizinische Content Creator besser zu beraten, damit sie Informationen der WHO vermitteln können und Menschen, die digitale Plattformen als primäre Nachrichtenquelle nutzen, besser informiert sind.

Im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz und komplexer Informationslandschaften spielen Technologieunternehmen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung von Vertrauen und Sicherheit schaffenden Maßnahmen, um schädliche Gesundheitsinformationen zu bekämpfen. Während der COVID-19-Pandemie baute die WHO ihre digitale Präsenz aus, um vertrauenswürdige Informationen und aktuelle Leitlinien weltweit schnell zu verbreiten. Online-Kampagnen zu Masken und Händewaschen steigerten das öffentliche Gesundheitsbewusstsein. Die Social-Media-Kampagne »Safe Hands« der WHO erreichte 2 Milliarden Online-Nutzerinnen und -Nutzer. Ein weiteres Beispiel ist Go Viral!, ein kurzes Online-»Prebunking«-Spiel, das in Zusammenarbeit mit der Universität Cambridge entwickelt wurde. Es vermittelt, wie Fehlinformationen entstehen und sich verbreiten, indem es Spielende gängigen Manipulationstechniken aussetzt. Studien zeigen, dass schon wenige Minuten Spielzeit die Anfälligkeit für Fehlinformationen über Monate hinweg verringern können. Darüber hinaus hat die WHO eine Seite eingerichtet, auf der die Öffentlichkeit Fehlinformationen melden und sich auf dem Laufenden halten kann.

Welche innovativen Technologien wie Künstliche Intelligenz nutzt die WHO, um Desinformation zu erkennen und faktengestützte Informationen zu verbreiten?

Die WHO setzt eine Reihe innovativer Technologien ein – darunter modernste Analysemethoden, künstliche Intelligenz und groß angelegte digitale Kommunikationstools –, um sich verbreitende Fehlinformationen zu erkennen und sicherzustellen, dass die Öffentlichkeit zeitnah faktenbasierte Gesundheitsinformationen erhält.



Eine Frau in Darfur informiert über eine Polio-Impfkampagne, die unter anderem von der WHO organisiert wurde. (UN Photo/Olivier Chassot)

Um Menschen gezielt und zuverlässig zu erreichen, hat die WHO außerdem eine Partnerschaft mit WhatsApp, Facebook Messenger und Viber aufgebaut, worüber die WHO Health Alert Chatbots eingesetzt werden können. Diese automatisierten Tools lieferten verifizierte COVID-19-Informationen in Echtzeit – was in Ländern mit niedrigem Einkommen und fragilen Staaten mit überlasteten Gesundheitssystemen von zentraler Bedeutung ist. Der WhatsApp Health Alert wurde zum größten jemals gestarteten WhatsApp-Chatbot und erreichte über 13,5 Millionen Nutzerinnen und Nutzer. Er wurde in 26 Sprachen verfügbar gemacht, wodurch der Zugang für gefährdete und schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen erheblich verbessert wurde. Diese Chatbots sind nach wie vor ein wichtiges Mittel für die schnelle und einheitliche Bereitstellung vertrauenswürdiger Gesundheitsinformationen. Der WhatsApp-Kanal hat über 10 Millionen Abonnentinnen und Abonnenten, die dreimal pro Woche Inhalte direkt auf ihr Handy erhalten.

Die WHO kooperierte auch mit der Videospielbranche beim Projekt Play Apart Together. Eine Partnerschaft der WHO mit Dutzenden Gaming-Unternehmen und -Plattformen (wie Riot Games, Blizzard, Twitch), die WHO-gestützte Gesundheitsinformationen direkt in Spiele und Livestreams integrierte – und so an Millionen von Userinnen und Usern lebensrettende Hinweise während der Pandemie vermitteln konnte. Die WHO arbeitet mit Plattformen wie Google, Meta, TikTok, YouTube und anderen zusammen, um die Sichtbarkeit von verlässlichen Gesundheitsinformationen durch KI-gestützte Systeme zur Bewertung, Kennzeichnung und Empfehlung von Inhalten zu verbessern.

Welche Lehren hat die WHO aus der COVID-19-Pandemie im Umgang mit Desinformation gezogen – und wie spiegeln sich diese in der aktuellen Arbeit wider?

Es gibt mehrere Erkenntnisse, die in unsere aktuelle Arbeit einfließen. Am wichtigsten: Jeder Mensch ist anfällig für Fehlinformationen und Desinformation. In der heutigen digitalen Welt verbreiten sich Fehlinformationen schnell, während Faktenüberprüfungen oft hinterherhinken.

Die WHO ist überzeugt, dass der Aufbau der Widerstandsfähigkeit und Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung die langfristige Strategie sein muss. Dazu gehört ein sektorübergreifender Ansatz, bei dem die Bereiche Gesundheit, Bildung, Informationstechnologie und andere Sektoren zusammenarbeiten müssen, um eine sichere digitale Umgebung für die Öffentlichkeit zu schaffen.

»Die Verbreitung von Hass und Lügen im digitalen Raum verursacht weltweit schweren Schaden – jetzt. Sie schürt Konflikte, Tod und Zerstörung – jetzt. Sie bedroht Demokratie und Menschenrechte – jetzt. Sie untergräbt die öffentliche Gesundheit und den Klimaschutz – jetzt.«



António Guterres, UN-Generalsekretär (UN Photo/Manuel Elias)

3

»Klimawandel als Erfindung der UN« / IPCC-Verschörung (seit den 2000er-Jahren): Nach dieser Darstellung sei der Klimawandel eine von den UN erfundene Idee, um Steuern, Einschränkungen und zentrale Kontrolle durchzusetzen. Diese Theorie gewann besonders ab den frühen 2000er-Jahren an Sichtbarkeit und erhielt neuen Auftrieb, als der Weltklimarat (IPCC) 2007 den Friedensnobelpreis erhielt. Der IPCC wird dabei als Propaganda-Instrument dargestellt, obwohl seine Berichte auf tausenden unabhängigen wissenschaftlichen Studien aus aller Welt basieren.

4

UN-Migrationspakt als »Plan zur Bevölkerungsdurchmischung« (2018): Diese Verschwörungstheorie behauptet, der UN-Migrationspakt von 2018 diene nicht der Förderung sicherer und geordneter Migration, sondern der Zerstörung nationaler Identitäten und der »Umvolkung« ganzer Regionen. In Wirklichkeit ist der Migrationspakt rechtlich unverbindlich und soll Leitlinien für menschenwürdige Migration geben, ohne Staaten zu bestimmten Maßnahmen zu verpflichten.

5

»UN-Friedensmissionen sind korrupt und profitieren vom Krieg« (2010er–2020er-Jahre): Dieser Erzählung zufolge sorgen die Vereinten Nationen angeblich nicht für Frieden, sondern profitieren von Instabilität. In sozialen Netzwerken kursieren Videos und Bilder, die vermeintlich belegen, wie UN-Missionen – etwa MONUSCO in der Demokratischen Republik Kongo – Waffen verkaufen oder in illegalen Rohstoffhandel verwickelt sind. Ähnliche Behauptungen führten in Mali und der Zentralafrikanischen Republik bereits zu offener Gewalt gegen UN-Personal.



Künstliche Intelligenz

Die algorithmische Verzerrung der Welt

Beim Thema digitale Transformation denkt man schnell an Netzausbau mit Glasfaser und Zugang zum Internet. Doch mit der Verbreitung generativer Künstlicher Intelligenz (KI) wächst eine schwer zu verstehende, neue, gefährlichere Barriere heran. **VON JOBST HÖCHE**

Digitale Transformation ist nicht mehr nur eine Frage des Zugangs, sondern eine grundsätzliche Krise: Die KI selbst droht, die Grenze zwischen Fakt und Fiktion sowie zwischen Realität und Stereotyp zu verwischen.

KI-Programme wie ChatGPT, DeepSeek und Gemini markieren einen Wendepunkt. Während die Verfügbarkeit von Informationen zwar steigt, sinkt deren Verlässlichkeit. Die größte Gefahr liegt heute nicht mehr im Mangel an Informationen, sondern in der trügerischen Perfektion falscher und verzerrender Informationen.

Die trügerische Perfektion der Eloquenz

Die vielleicht gefährlichste Eigenschaft moderner KI-Programme ist die Rhetorik der Gewissheit. Generative KI »lügt« nicht im menschlichen Sinne; sie halluziniert. Sie konstruiert vermeintliche »Fakten« oder wissenschaftliche Kausalitäten, die keiner Prüfung standhalten, aber absolut überzeugend klingen. Anders als bei einer klassischen Falschmeldung im Internet, die oft durch schlechte Grammatik oder reißerische Aufmachung erkennbar ist, liefert die KI Desinformation im Gewand der Seriosität.

Entkopplung von Wahrheit: Da KI-Modelle darauf trainiert sind, wohlklingende Sätze zu

bilden, klingen falsche Aussagen genauso logisch wie Fakten. Dies geschieht nicht willentlich, sondern liegt darin begründet, dass die Programme primär darauf optimiert sind, das nächste Wort mit der höchsten Wahrscheinlichkeit vorherzusagen.

Die Black-Box der Quellen: Oft fehlen Transparenz und Quellennachweise, was die Überprüfung massiv erschwert. Auch vorhandene Fußnoten können falsche Informationen enthalten. Das Problem ist nicht Unwissen, sondern falsches Wissen, das sich als Wahrheit tarnt.

Automatisierte Diskriminierung

Neben der faktischen Richtigkeit stellt der Bias, also die Voreingenommenheit von KI-Systemen, eine massive Bedrohung für globale Gerechtigkeit dar. Dieser Bias ist kein technisches Problem, sondern eine algorithmische Reproduktion und Verstärkung bestehender Machtstrukturen. KI-Modelle sind Spiegelbilder ihrer Trainingsdaten. Da das Internet, mit dem KI trainiert wurde, voll von historischen Vorurteilen, Geschlechterstereotypen und westlich-zentrierten Weltbildern ist, reproduzieren sie diese Verzerrungen.

Werden KI-Modelle nicht reguliert, generieren sie bei Begriffen wie »Führungskraft« fast ausschließlich Bilder weißer Männer, während marginalisierte Gruppen in Klischee-Rollen gedrängt werden. KI-Darstellungen von Frauen

orientieren sich meist an den Bildern, wie sie milliardenfach zum Beispiel bei Instagram geteilt werden und verstärken damit stereotype Schönheitsideale. Globale und geopolitische Fragen werden aus einer datendominierenden, meist westlichen Perspektive beantwortet. Stimmen aus dem Globalen Süden bleiben hingegen unterrepräsentiert. Die Gefahr liegt darin, dass diese algorithmisch generierte Weltansicht als neutrale »Objektivität« missverstanden wird.

Die Herausforderung durch generative KI ist fundamentaler Natur. Wenn wir zulassen, dass fehlerbehaftete Systeme unkritisch als Wissensquellen dienen, geraten wir in eine Realitätsverzerrung, in der Plausibilität wichtiger wird als Faktizität und historische Ungleichheiten als technischer Standard zementiert werden. KI-Ergebnisse kritisch zu bewerten, wird deshalb zur Schlüsselkompetenz des 21. Jahrhunderts. Sie entscheidet darüber, ob KI als Werkzeug dient oder ob sie bestehende Ungerechtigkeiten verstärkt.



So stellen sich Dall-E (Bild 1), Copilot (Bild 2) und Chat-GPT (Bild 3) einen »fiktiven UN-Generalsekretär auf Dienstreise« vor. Die Ergebnisse sind unrealistisch oder sogar fehlerhaft, weil UN-Generalsekretäre auf Dienstreisen in der Regel keine Waffen tragen, die Aufschriften auf den abgebildeten Uniformen fehlerhaft sind und einer der »fiktiven« UN-Generalsekretäre fast identisch aussieht wie der reale UN-Generalsekretär António Guterres.

Was kannst du gegen Desinformation tun?

Hinterfrage Informationen

- Wer steckt dahinter? Ist die Quelle seriös und glaubwürdig?
- Nutze Faktenchecker und verlässliche Medien.
- Prüfe Bilder/Videos – sie können bearbeitet oder KI-generiert sein.

Sei kritisch in Social Media

- Lies ganze Texte, nicht nur Schlagzeilen.
- Halte inne, bevor du teilst: Könnte es falsch oder manipulativ sein?
- Vorsicht bei Beiträgen, die starke Emotionen auslösen.

Prüfe Details

- Checke Datum und Kontext – alte Inhalte werden oft neu verbreitet.
- Achte auf Sprache: Reißerische Formulierungen oder viele Fehler sind Warnsignale.
- Vergleiche mehrere Quellen.

Verhindere Verbreitung

- Teile nichts, wenn du unsicher bist.
- Keine Likes oder Kommentare – das erhöht die Reichweite.
- Melde problematische Inhalte.

Stärke deine Medienkompetenz

- Informiere dich über Manipulationstechniken, Algorithmen und Filterblasen.
- Nutze seriöse Nachrichtenquellen.
- Trainiere deinen Blick für Desinformation (z. B. durch Spiele oder Workshops).

Rede darüber

- Sprich im Freundes- und Familienkreis über fragwürdige Inhalte.
- Widerspruch freundlich, aber bestimmt.
- Engagiere dich in Projekten gegen Desinformation.

1. Auflage Januar 2026 • ISSN 1614-5437

HERAUSGEBER
Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
Zimmerstraße 26/27 • D-10969 Berlin
Telefon: (030) 259375-0
E-Mail: info@dgvn.de • Web: www.dgvn.de
@dgvnev | DGVN | dgvn.e.V | @un__erwartet

VERANTWORTLICH
Peter Wittschorek, DGVN-Generalsekretär

REDAKTION
Oliver Hasenkamp, Sophie Humer-Hager, Mariana Kraft, Alex Häuser, Henrike Voß (DGVN)

Gestaltung: Cornelia Agel • Druck: vierC print+mediafabrik
Klimaneutrale Produktion und Druck auf Blauer-Engel-zertifiziertem Papier.



Die Publikation wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.